GS-KS-01-076

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Nabiha Ghanem (Soest KV)

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 75 bis 77 einfügen:
der Studierenden. Auch dafür wollen wir die Finanzierung des Hochschulpakts und des Qualitätspakts Lehre verstetigen. Die FernUniversität in Hagen ist ein wichtiger Baustein für das Erreichen unserer bildungspolitischen Ziele. Sie ermöglicht äußerst kostengünstig vor allem den sonst benachteiligten Gruppen, z.B. Menschen mit Handicap, familiär Gebundenen wie Eltern, Alleinerziehenden oder Pflegenden, von Arbeitslosigkeit Bedrohten etc. lebenslanges Lernen, akademische Bildung und Ausbildung auf höchstem Niveau. Sie leistet somit gerade in Zeiten des digitalen Wandels der Arbeitswelt in vielen Bereichen einen sehr wertvollen Beitrag für die ganze Gesellschaft. Als bundesweit tätige Universität wird sie von nur einem Bundesland finanziert und stößt deshalb aktuell an Grenzen.. Wir Grüne setzen uns konsequent dafür ein, sie als Bund-Länder-Projekt mit entsprechender Finanzierung weiterzuführen, um nicht nur die freie Zugänglichkeit ohne Zulassungsbeschränkungen zu gewährleisten, sondern ihr Studienangebot deutlich auszubauen zu können. Der Zugang zur Wissenschaft als Beruf muss gerecht gestaltet sein. Junge Forschende brauchen faire Arbeitsverträge und mehr unbefristete

Begründung

Die FernUniversität in Hagen arbeitet sehr erfolgreich, ihre Absolventenzahl pro Lehrstuhl liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt! Da die meisten Studierenden bereits berufstätig sind oder eine Ausbildung haben, wirkt die akademische Bildung selbst ohne Abschluß sehr positiv sowohl für die Wirtschaft als auch in die Gesellschaft hinein. Aufgrund des hohen Selbststudienanteils ohne klassische Lehre ist das Studium für den Steuerzahler äußerst kostengünstig. Die stark steigenden Studierendenzahlen – sie ist mittlerweile die größte Universität Deutschlands – verlangen aber nach einer besseren und breiteren Finanzierung. Zwei von drei Studierenden leben nicht in NRW, aufgrund der Fernlehre gibt es keine Kompensation über Verbrauchssteuern und Klebeeffekte, trotzdem trägt NRW die Lasten fast allein. Die anderen Bundesländer stehlen sich mit unterschiedlichen Begründungen aus ihrer Verantwortung.
Ganz klar, die FernUniversität in Hagen ist bundesweit einzigartig, weil sie orts- und zeitunabhängig ein sehr flexibles Studium ermöglicht, und dies ohne größere Kosten für die Studierenden. Damit stellt sie für finanziell schwächere Menschen häufig die einzige Möglichkeit dar, ohne hohes persönliches und familiäres Risiko durch Verschuldung ein akademisches Fernstudium zu absolvieren!
Eine finanziell gut ausgestattete FernUniversität könnte mit einem breiten Studienangebot und besserer Betreuung einen großen Schritt hin zu Chancengerechtigkeit und Aufstiegsmöglichkeiten für benachteiligte Menschen bedeuten. Eltern, Menschen mit Behinderung, Pflegende, Menschen mit Migrationsgeschichte, Arbeitslose und prekär Beschäftigte – ihnen allen bietet die FernUni die Möglichkeit, mit der sich wandelnden Arbeitswelt Schritt zu halten und zu partizipieren. Die FernUniversität ist in erster Linie für sog. Nicht-Traditonelle Studierende, die nicht an eine klassische

Präsenzuniversität gehen können, geschaffen worden. Für sehr viele Menschen bedeutet sie die einzige Chance auf akademische Bildung und Ausbildung!
Leider sind diese Errungenschaften, die im Sinne Grüner bildungspolitischer Ziele deutlich ausgebaut werden müssten, in Gefahr. Aufgrund der dauerhaften Unterfinanzierung, die durch die Mittel des Hochschulpaktes immer nur temporär ausgeglichen wird, soll die Zahl der Studienplätze begrenzt und ein Numerus Clausus eingeführt werden. Dies hätte zur Folge, daß die FernUni ihre so wichtige bildungspolitische Funktion nicht mehr erfüllen würde, und stattdessen die Entwicklung hin zu einer traditionellen, aber asynchronen und digitalen, Universität nähme.
Die einzige langfristige Lösung besteht darin, die FernUniversität in Hagen als Bundesuniversität oder als Bund-Länder-Projekt auf Basis eines Staatsvertrages mit einer auskömmlichen Finanzierung auszustatten.
Die Festschreibung dieses Zieles im Bundestagswahlprogramm wäre ein wichtiges Signal nicht nur an die 80.000 Studierenden, sondern auch an ihre Familien, an ehemalige und zuküftige Studierende.

Unterstützer*innen

Andrea Widmann (Ludwigsburg KV); Burkhard Kalle (Soest KV); Christian Hohn (Olpe KV); Alexander Kessner (Breisgau-Hochschwarzwald KV); Marc Tuna (München KV); Heraldo Hettich (Bonn KV); Eva Malecha (Aachen KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); André Stephan (Berlin-Tempelhof/ Schöneberg KV); Marcel Rohrlack (München KV); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Ronald Wenke (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Sebastian Walter (Berlin-Kreisfrei KV); Jens Christoph Parker (Berlin-Kreisfrei KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Dennis Pirdzuns (Wuppertal KV); Kerstin Dehne (München KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Felix Lütke (Duisburg KV); Gerd Wittka (Gelsenkirchen KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Nathalie Konias (Euskirchen KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV); Lothar Kemmerzell (Soest KV)